



JAHRES EMPfang DER WIRTSCHAFT

Eine Sonderbeilage der Wirtschaftskammern
vom 24. Januar 2025

www.jahresempfang.de

INHALT

Vorwort Dr. Marcus Walden	02
Vorwort Hans Jörg Frieze	03
„Unternehmen fordern klares Bekenntnis zur Wirtschaft“	
Gastredner Friedrich Merz	04-05
Architektenkammer Rheinland-Pfalz	06
Handwerkskammer Rheinhessen	07
Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen	08
Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz	09
Eindrücke von der Veranstaltung	10-11
Landesärztekammer Rheinland-Pfalz	12
Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz	13
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz	14
Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz	15
Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz	16
Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz	17
Rechtsanwaltskammer Koblenz	18
Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz	19
Sponsoren	20



Foto: Alexander Sell

Konzentration aufs Wesentliche

Dr. Marcus Walden,
Präsident der IHK für Rheinhessen

”

Der Jahresempfang der Wirtschaft ist mehr als eine Tradition – er ist ein Symbol für die Innovationskraft, das Selbstbewusstsein und die Dialogbereitschaft des Mittelstandes in Rheinland-Pfalz. Und: Er ist eine der größten Plattformen des Austauschs und der kritischen Auseinandersetzung zwischen Wirtschaft und Politik, quer durch alle Branchen, Betriebsgrößen und Parteien.

Dass unsere Großveranstaltung so kurz vor der Bundestagswahl stattfinden würde, war noch nicht absehbar, als wir vor mehr als einem Jahr gemeinsam mit unseren 14 Mitveranstaltern mit der Planung begonnen haben. Umso besser

konnten wir die Gelegenheit nutzen, die Herausforderungen deutlich zu machen, vor denen unsere Unternehmen jeden Tag stehen.

In diesem Jahr ganz besonders. Denn: Der Jahresbeginn 2025 ist für die Wirtschaft kein Anlass zum Feiern. Im dritten Rezessionsjahr in Folge stehen

auch die Unternehmen in Rheinland-Pfalz stark unter Druck. Hinzu kommen die Herausforderungen auf globaler Ebene.

Mit dem Amtsantritt von Donald Trump stellt sich die Frage, wie sich die Zollpolitik der USA entwickeln wird. Als wichtigster Handelspartner von Rhein-

land-Pfalz außerhalb der EU – mit einem Handelsvolumen von knapp sechs Milliarden Euro im Jahr 2023 – haben Entscheidungen aus Washington direkte Auswirkungen auf unsere Region. Jetzt kommt es darauf an, dass wir unseren europäischen Binnenmarkt stärken und dem Trend zum Protektionismus geschlossen entgegenzutreten.

Doch Europa steht nicht nur für den größten gemeinsamen Markt der Welt, sondern ebenso für eine inzwischen unüberschaubare Dichte an Regulierungen, die sich auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene fortsetzen. Das ifo-Institut hat vorgerechnet, dass überbordende Bürokratie Deutschland jährlich bis zu 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung kostet. Wenn die Rechtsakte zum Green Deal im EU-Amtsblatt 36.000 Seiten füllen und sich Unternehmen damit beschäftigen müssen, dass sie möglicherweise gegen die Datenschutzgrundverordnung verstoßen, wenn sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Geburtstag gratulieren, wird deutlich: Es reicht nicht mehr, einzelne Symptome zu behandeln.

Was braucht die Wirtschaft von der Politik? Vertrauen, dass eine starke Wirtschaft gut für Deutschland ist – und endlich klare Signale, Investitionsbremsen zu lösen. Und vor allem: Bürokratieabbau, der in den Unternehmen auch spürbar ankommt – damit sie sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:

Architektenkammer Rheinland-Pfalz,
Handwerkskammer Rheinhessen,
Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen,
Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz,
Landesärztekammer Rheinland-Pfalz,
Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz,
Landespflegekammer Rheinland-Pfalz,
Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz,
Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz,
Landeszahnärztekammer Rheinland-Pfalz,
Rechtsanwaltskammer Koblenz,
Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz

Redaktion: Melanie Dietz, IHK für Rheinhessen

Bilder: Alexander Sell

Produktion:

VRM GmbH & Co. KG
Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz

Druck:

VRM Druck GmbH & Co. KG
Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim



Foto: Handwerkskammer Rheinhessen

Wir müssen vom Reden ins Handeln kommen. Unser Land hat keine Zeit mehr zu verlieren!

Hans-Jörg Frieze,
Präsident der Handwerkskammer Rheinhessen

”

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat kürzlich den amtierenden Bundeskanzler Olaf Scholz als „Klempner der Macht“ bezeichnet. Er meinte das natürlich despektierlich in dem Sinne, dass Scholz aus seiner Sicht nicht genug gestalten würde. Damit lag er jedoch mehr als falsch und ich würde mir wünschen, die Politik würde sich von so manchem Klempner mal eine Scheibe abschneiden: Ein Klempner erkennt Mängel, löst Probleme, hält Absprachen ein und liefert pünktlich Ergebnisse. Denn jeder Unternehmer ist nur dann nachhaltig erfolgreich, wenn seine Kunden ihm vertrauen und dieses Vertrauen auch über viele Jahre anhält. Gleiches gilt auch für die Politik oder, um es etwas pathetischer zu sagen, für unsere Demokratie.

„Seit vielen Jahren sprechen wir auch hier auf dem Jahresempfang über die zunehmenden bürokratischen Belastungen in unser aller Tätigkeitsfelder. Leider haben wir von der Politik außer zustimmen dem Nicken bisher keine spürbare Verbesserung erfahren.“

kratischen Belastungen. Leider haben wir von der Politik außer zustimmen dem Nicken bisher keine spürbare Verbesserung erfahren. Gleiches gilt beim Zustand vieler Bildungsinstitutionen in Deutschland oder bei der finanziellen

Belastung und von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern und der Zukunftsfähigkeit etwa der Sozialsysteme. Die anstehende Wahlperiode wird oft als „letzte Chance“ für die Stabilität unserer Demokratie bezeichnet. Die Herausforderungen sind enorm, das internationale Umfeld schwierig. Doch genau jetzt braucht unser Land eine Kehrtwende. Die nächste Bundesregierung darf keine zerstrittene Koalition sein. Ich erwarte von den demokratischen Parteien, dass sie ihre Energie für Lösungen einsetzen, statt in gegenseitigen Streit zu verfallen. Denn davon profitieren nur Populisten, die keine tragfähigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit bieten.

Unser Land braucht nun schnellstens massive Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur, der Bildung und Fachkräfterversorgung, der Sozialsysteme, der Regulierungswut, der Digitalisierung auch der Verwaltungen und der Verteidigung. Vor allem brauchen wir aber Planungssicherheit und Zuverlässigkeit. Die meisten Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind kleine oder mittelständische Betriebe. Diese haben nicht vor, ihre Tätigkeit ins Ausland zu verlagern, wie dies so mancher Konzern nun ankündigt. Trotzdem braucht auch der Mittelstand eine positive Zukunftsvision und Zuversicht, um am Standort Deutschland zu investieren.

Daher appelliere ich an alle demokratischen Parteien: Kommen Sie nach der Bundestagswahl vom Reden ins Handeln – und das schnell. Unser Land hat keine Zeit mehr zu verlieren!

Jahresempfang der Wirtschaft

Der Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz ist der größte Neujahrsempfang der regionalen Wirtschaft in Deutschland. Mit mehreren tausend Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zählt er zu den Großereignissen in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt mit bundesweiter Strahlkraft.

Dahinter stehen 15 Veranstalter: Kammern und Institutionen für Industrie und Handel, Handwerk, freie Berufe und Landwirtschaft. Nirgendwo sonst in der Republik gelingt es so vielen landesweiten und regionalen Institutionen, eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Zusammen vertreten sie mehr als 100.000 Betriebe und Einrichtungen aller Branchen und Größen mit gut 400.000 Beschäftigten.

Die Kooperation begann im Jahr 2000 mit sechs Veranstaltern. Seither waren Bundeskanzler Gerhard Schröder und – dreimal – Bundeskanzlerin Angela Merkel zu Gast, der heutige Bundeskanzler Olaf Scholz stand 2019 als Finanzminister am Rednerpult. Ebenso waren die Bundeswirtschaftsminister Clement, Glos und Brüderle und die damaligen Parteivorsitzenden Westerwelle, Beck, Gabriel und Lindner als Redner zu Gast. 2023 sprach der frühere ZDF-Chefredakteur Peter Frey die Keynote. 2024 war Vizekanzler Robert Habeck zu Gast. Dialogpartner ist Ministerpräsident Alexander Schweitzer.

„Unternehmen fordern klares Bekenntnis zur Wirtschaft“

CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz und Ministerpräsident Alexander Schweitzer beim Jahresempfang der Wirtschaft

Friedrich Merz war vorbereitet. Das Positionspapier der Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz hatte der CDU-Vorsitzende offenbar aufmerksam gelesen, bevor er beim Jahresempfang der Wirtschaft in Mainz ans Rednerpult trat. Der deutschlandweit größte Empfang der regionalen Wirtschaft mit mehreren Tausend Besuchern in der Mainzer Rheingoldhalle wird von 15 Kammern und Institutionen getragen.

Nach Parteifarben abwechselnd werden Redner eingeladen. Schon früh im vorigen Jahr, als die vorgezogene Bundestagswahl und seine Kanzlerkandidatur noch nicht absehbar waren, sagte Merz zu. Und griff eine Reihe Vorschläge der IHK-Arbeitsge-

meinschaft Rheinland-Pfalz explizit auf. Beispielhaft genannte sechs der zwölf Forderungen könne der CDU-Chef, wie er ausführte, problemlos mittragen. Nur beim Ruf nach Bürokratieabbau würde er gern lieber von Rückbau sprechen – sehr zum Jubel des Publikums.

Das „enorme Potenzial“, das in unserem Land steckt, hatte zuvor Alexander Schweitzer betont. In einer Podiumsdiskussion sprach der SPD-Ministerpräsident aber auch von einem Anlass zur Sorge. Rheinland-Pfalz sei immer noch ein starkes Industrieland mit stabilem Arbeitsmarkt und eines der exportstärksten Bundesländer. Doch in allen drei Bereichen veränderte sich gerade etwas. „Wir müssen gut vorbereitet sein auf

diese Veränderungen“, unterstrich Schweitzer, „wir haben ein Riesen-Potenzial und müssen anpassen, dass uns das nicht kaputt geht.“

Explizit verwies der Landeschef auf die vier Bürokratienteilungsgesetze des Bundes seit Beginn der Ampel-Koalition 2021. Rasch müssten weitere folgen, sodass die Erleichterungen bei den Unternehmen spürbar ankommen: „Da, wo wir als Landesregierung für Verwaltungsvorschriften zuständig sind, vereinfachen wir diese.“ Das Land habe im Herbst ein Bürokratieabbau-paket mit 57 weiteren Maßnahmen vorgestellt, unter dem Motto „einfacher, schneller, günstiger“. Schweitzer betonte: „Wir machen Bauen, Förderprozesse,

Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren schneller, weil zu viel Bürokratie Menschen nervt und die Wirtschaft bremst.“

Entstanden sei dieses Paket im engen Dialog mit den Kammern und Unternehmen. „Und es wird damit nicht enden. Wir werden ein nächstes Paket schnüren.“ Da gelte es nicht auf Bund und EU zu warten. Mut mache ihm, „dass die Menschen mit großem Interesse auf diese Bundestagswahl schauen und sagen: Hoffentlich bleiben wir eine stabile, freiheitliche Demokratie und kommen auch in Europa wieder zusammen.“ Schweitzer stellte fest: „Für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unserer energieintensiven Industrie brauchen wir insgesamt verbesserte Rahmenbedingun-

gen, aber insbesondere auch einen wieder international wettbewerbsfähigen Strompreis.“

Merz spricht mit Blick auf Trump vom „Geschäftsmodell Bundesrepublik“

Mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit erinnerte Merz an den Tag, an dem zunächst Donald Trump zum alten und neuen US-Präsidenten gewählt worden und dann die Ampel-Koalition geplatzt ist. Die aktuelle Ungewissheit komme, auch mit Blick auf Regierungskrisen in der EU, zur Unzeit. Trump führe vor Augen, dass das „Geschäftsmodell Bundesrepublik“ am Ende sei, ob bei billigem Gas aus Russland, Zulieferungen aus China, hohen Exportüberschüssen oder





beim „Trittbrettfahren“ in der Nato. Es brauche Personalaufwüchse in den produktionsnahen Gewerben und nicht, wie aktuell, im öffentlichen Bereich.

„Drei Jahre in der Rezession hat diese Bundesrepublik noch nie erlebt“, betonte Merz. Zwei gab es 2002/03, die Antwort sei die Agenda 2010 gewesen. Das Land habe profitiert, jedoch dann massiv an Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität verloren. „Die Bundesrepublik muss ein Standort für die Industrie bleiben“, unterstrich Merz. Der CDU-Chef forderte eine Aufhebung des Lieferkettengesetzes. Verlässlichkeit in Gesetzgebung und Energieversorgung, eine Stärkung der beruflichen Bildung und einen „Quantensprung in der Digitalisierung“ hält Merz für dringend notwendig. Letzte könne gern bei der Fachkräfteeinwanderung beginnen. Und Trump? Müsse man den Satz „We will make Europe great again“ entgegenhalten.

Bürokratie hemmt Kerngeschäft quer durch alle Branchen

Dazu gehöre auch eine „Es reicht nicht mehr, einzelne Symptome zu behandeln“, stellte Dr. Marcus Walden, Präsident der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, fest. „Wir brauchen Bürokratieabbau, der in den Unternehmen auch spürbar ankommt – damit sie sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.“ Die Mitgliedsunternehmen wür-

den über Konsum- und Kaufzurückhaltung klagen. „Was wir brauchen, ist ein klares Bekenntnis zur Wirtschaft.“ Deutliche Kritik äußerte Walden an Überregulierungen wie etwa der Datenschutzgrundverordnung.

Hans-Jörg Frieze, Präsident der Handwerkskammer Rheinhessen, kritisierte die ausbleibende Problemlösungsfähigkeit des Staates, insbesondere bei Bürokratieabbau, Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung. „Ein Handwerker ist nur dann erfolgreich, wenn seine Kunden ihm langfristig vertrauen. Dies erreicht er, indem er Mängel erkennt, Probleme löst, Absprachen einhält und Ergebnisse liefert. Das Gleiche gilt auch für die Politik und unsere Demokratie.“

„Wenn wir so weitermachen, sind die Flächen zur Erzeugung von Nahrungsmitteln in zwei Generationen verbraucht.“ Mit dieser Aussage machte der Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Ökonomierat Michael Horper, auf den immensen Flächenverbrauch für erneuerbare Energien aufmerksam. „Derzeit traut sich niemand mehr, Investitionen zu tätigen, weil die Planungssicherheit fehlt. Da ist kein Vertrauen mehr vorhanden.“

„Der tierärztliche Berufsstand kämpft mit steigender Bürokratie und mit Mangel an Personal, besonders auf dem Land“, moniert die Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz. „Wir wollen uns um das Wohl der Tiere kümmern,

werden aber zunehmend mit bürokratischen Aufgaben belastet. Das gilt für den Kleintierbereich genauso wie für Groß- und Nutztiere“, sagte Präsident Dr. Rainer Schneichel. Den 24/7-Notdienst könnten insbesondere kleinere Praxen nicht mehr schultern.

Torben Schröder, freier Journalist



**Architektenkammer
Rheinland-Pfalz**



Postfach 1150, 55001 Mainz

Architektenkammer
Rheinland-Pfalz

Hindenburgplatz 6
55118 Mainz

Tel. (0 61 31) 99 60-0
Fax (0 61 31) 61 49 26

zentrale@akrp.de
www.diearchitekten.org

Hauptgeschäftsführerin:
Annette Müller

Präsident:
Joachim Rind

Foto: Kirsten Bucher, Frankfurt



Zukunftsfähige Infrastruktur und Baukultur

Joachim Rind, Präsident der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, sieht Infrastruktur als Katalysator für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Warum? Dazu ein Interview.

Herr Rind, Infrastruktur verbindet man nicht gleich mit der Architektenschaft. Warum sehen Sie hierin einen großen Stellenwert beim Bauen?

Zukunftsfähige Infrastrukturen sind die Basis für unser Zusammenleben in Stadt und Land und schließen vieles mit ein: Neben einer angemessenen Mobilität und der Versorgung mit nachhaltiger Energie sind der öffentliche Raum und die soziale Infrastruktur mit Kitas und Schulen, und auch das Wohnen, Grundbausteine eines funktionierenden Gemeinwesens. Infrastrukturbauteile haben also einen hohen gestalterischen Anspruch. Vor dem Hintergrund des Klimawandels wird auch die grüne und blaue Infrastruktur immer wichtiger.

Was ist mit grüner und blauer Infrastruktur gemeint?

Schattenspendende Bäume, Parks, begrünte Fassaden und Dächer, aber auch Wasser in Form von Brunnen oder Kanälen. 2024 war das wärmste Jahr, seit es Wetteraufzeichnungen gibt. Unsere Städte überhitzen vor allem aufgrund der großen Flächenversiegelung. Nichts eignet sich besser für ein gesundes Klima, als die Schaffung einer gu-



Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig (SPD), Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD), Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen (SPD), Kammerpräsident Joachim Rind und Philipp Fernis, FDP-Fraktionsvorsitzender

ten blau-grünen Infrastruktur, ganz abgesehen vom Erholungs- und Freizeitwert für die Menschen. Die komplexen Planungen dieser öffentlichen Flächen sind ein Arbeitsfeld unserer Landschaftsarchitekten und Stadtplanerinnen.

„Zukunftsfähige Infrastrukturen sind die Basis für unser Zusammenleben in Stadt und Land“

Hilft diese Infrastruktur auch bei Starkwetterereignissen?

Unbedingt. Wir brauchen neben den Grünflächen mehr Speicherplatz in Zisternen und

größere Versickerungsflächen. Das Leitbild ist die sogenannte Schwammstadt, die Starkregen besser kompensieren kann.

Heißt das unterm Strich nicht auch weniger bauen?

Vor allem heißt es anders bauen, ein Paradigmenwechsel vom Neubau zu einer neuen Umbaukultur ist nötig. In den Büros werden heute schon mehr Bauaufgaben im Bestand bearbeitet als Neubauprojekte. Mit kreativen Lösungen kann unser Berufsstand hier einen Beitrag für unser Klima leisten. Energie und Rohstoffe werden gespart und keine neuen Flächen versiegelt. Ein weiterer Vorteil: Infrastruktur muss nicht kostenintensiv neu

geschaffen werden. Umso wichtiger ist es, die vorhandene Instand zu halten und zu pflegen. Der wahrgenommene Investitionsrückstau bei notwendigen Sanierungen im Bereich Infrastruktur in deutschen Kommunen lag 2023 schon bei 160 Mrd. Euro*. Es gibt also viel zu tun.

* Quelle: Destatis o. J.; KfW/Difu 2023

Die Förderung der Baukultur, des Bauwesens, der Landschaftspflege und der städtebaulichen Entwicklung gehören zum gesetzlichen Auftrag der Architektenkammer Rheinland-Pfalz. Sie vertritt die berufspolitischen Interessen ihrer rund 6.000 Mitglieder und bietet alle Services der Selbstverwaltung sowie Beratung an.



Nino Haase, Oberbürgermeister der Stadt Mainz mit Frau Mandy Haase, Joachim Rind und Annette Müller, Hauptgeschäftsführerin Architektenkammer



Joachim Rind mit Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt (FDP) und Ministerin Doris Ahnen (SPD)

Fotos: Kristina Schäfer, Mainz



„Unser Land braucht nun schnellstens massive Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur, der Bildung und Fachkräfteversorgung, der Sozialsysteme, der Regulierungswut, der Digitalisierung auch der Verwaltungen und der Verteidigung. Vor allem brauchen wir aber Planungssicherheit und Zuverlässigkeit.“

Hans-Jörg Friese



Kammerpräsident Hans-Jörg Friese im Gespräch mit Oberbürgermeister Nino Haase.



Das Vizepräsidium der Handwerkskammer: Gerhard Wunsch und Christine Merkel-Köppchen

**Handwerkskammer
Rheinhausen**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 9992-0
Fax (0 61 31) 9992-63

info@hwk.de
www.hwk.de

Vizepräsidenten:
Christine Merkel-Köppchen
Gerhard Wunsch

Präsident:
Hans-Jörg Friese

Foto: Handwerkskammer Rheinhausen



Staatssekretärin Petra Dick-Walther, Wirtschaftsministerin Daniela Schmitt, HWK-Hauptgeschäftsführerin Anja Obermann mit Wohnbau-Geschäftsführer Franz Ringhoffer (v.l.n.r.)



Hauptgeschäftsführerin Anja Obermann, Präsident Hans-Jörg Friese beim Vorempfang mit dem Hauptredner Friedrich Merz

Fotos: Stefan Sämmer

**Vermögen erarbeiten,
einsetzen, erhalten.**

**Morgen
kann kommen.**

Wir machen den Weg frei.



Von Mittelstand zu Mittelstand.

Liquidität planen, Investitionen sichern, Vermögen erhalten. Mit dem richtigen Partner gelingt dies. Nutzen Sie deshalb eine ehrliche, kompetente und glaubwürdige Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät – unsere **Genossenschaftliche Beratung**.



Vereinbaren Sie einen Termin!

volksbanking.de/termin
Telefon: 06131 148-9666

**Volksbank
Darmstadt Mainz**





Industrie- und
Handelskammer
für Rheinhessen

Schillerplatz 7
55116 Mainz
Tel. (0 61 31) 2 62-0
service@
rheinessen.ihk24.de
www.ihk.de/rheinessen

Einladungen und
Neuigkeiten aus der IHK:
www.ihk.de/rheinessen/
news

Hauptgeschäftsführerin:
Karina Szwede

Präsident:
Dr. Marcus Walden

Foto: Alexander Sell



Wirtschaft.Zukunft.Jetzt.

Die Wirtschaft ist im Wandel – und die IHK für Rheinhessen stellt sich den Herausforderungen mit frischen Ideen und neuer Energie. Seit Sommer vergangenen Jahres auch mit einer neuen Spitze: Karina Szwede hat im Juli die Nachfolge von Günter Jertz als Hauptgeschäftsführerin angetreten. An ihrer Seite steht seitdem Lisa Haus als stellvertretende Hauptgeschäftsführerin. Gemeinsam mit einem motivierten Team und mehreren hundert ehrenamtlich engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern stellen sie die Weichen für die kommenden Jahre.

Inmitten dieser Dynamik brachte die IHK für Rheinhessen ihre Forderungen an die Landespolitik auf den Punkt: Bei der Vollversammlung im Dezember wurde Ministerpräsident Alexander Schweitzer die „Wunschliste der Wirtschaft 2025“ überreicht. Die Botschaft war klar: Damit Rheinhessen weiterhin ein dynamischer Wirtschaftsstandort bleibt, braucht es eine konsequente Entbürokratisierung, massive Investitionen in die Infrastruktur und verlässliche Lösungen für die Energiekosten.

„Die Botschaft ist unmissverständlich: Es geht um konkretes Handeln – nicht irgendwann, sondern jetzt.“

Der Blick der IHK geht jedoch weit über die Landesgrenzen hinaus – hin zur Bundestagswahl 2025. Gemeinsam mit der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz wurde ein Positionspapier erarbeitet, das unter dem Slogan „Wirtschaft. Zukunft. Jetzt.“ die drängendsten Anliegen bündelt: den Abbau bürokratischer Hürden, die Sicherung von Fachkräften und die gezielte Förderung von Innovationen. Dabei ist die Botschaft unmissverständlich: Es geht um konkretes Handeln – nicht irgendwann, sondern jetzt.

2024 hat gezeigt, dass Wan-



Wirtschaft und Politik im Dialog auf und vor der Bühne beim Jahresempfang der Wirtschaft in der ausgebauten Rheinoldhalle.
Foto: Alexander Sell

del sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich bringt. Die IHK für Rheinhessen

ist bereit, die Veränderungen aktiv mitzugestalten – als Partnerin der 42.000 Unternehmen

in der Region, als Impulsgeberin für die Politik und als starke Stimme der Wirtschaft.

ISB

Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz

Zukunft. Fördern. Werte schaffen.

WIR FÖRDERN DEN MITTELSTAND

Investieren Sie jetzt in Ihre Geschäftsidee und die Zukunft Ihres Unternehmens mit den Förderangeboten der ISB.

Jetzt die richtigen Weichen stellen!

Der Planungs- und Bausektor leistet in Deutschland einen erheblichen Beitrag zur ökonomischen Stabilität des gesamten Landes, denn die Wertschöpfung findet zum allergrößten Teil im eigenen Land statt. Ingenieurinnen und Ingenieure spielen eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung und Umsetzung nachhaltiger Lösungen in unserer modernen Welt. Mit ihrer Fähigkeit, komplexe Probleme zu lösen, sind sie nicht nur Planer von Bauwerken, sondern Gestalter einer nachhaltigen Zukunft.

Am 23. Februar 2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. Das Ergebnis der kommenden Bundestagswahl wird auch Einfluss auf die Politik in Rheinland-Pfalz haben. Daher fordert die Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz im Sinne ihrer rund 1900 Mitglieder und aller Ingenieurinnen und Ingenieure in Rheinland-Pfalz:

1. ... den Erhalt des Bundesbauministeriums sowie die Übertragung von Querschnittsaufgaben, die derzeit in anderen Bundesministerien angesiedelt sind. Nur so können wir den Bedürfnissen der Gesellschaft nach einer bezahlbaren und nachhaltig gebauten (Um-)Welt gerecht werden.

2. ... ein bundesweit einheitliches Berufsausübungsrecht für Ingenieurinnen und Ingenieure, die besonders sicherheitsrelevante Leistungen erbringen. Der Verbraucher muss darauf vertrauen können, dass Ingenieurleistungen in besonders schutzbedürftigen Bereichen von Personen erbracht werden, die hierzu ausgebildet und befähigt sind. Viele Mitgliedstaaten des Europäischen Dachverbandes der Ingenieurkammern (ECEC) verfügen über ein Berufsausübungsrecht.

3. ... ein mittelstandsfreundliches Vergaberecht, das sowohl für öffentliche Auftraggeber als auch für Planungsbüros handhabbar ist. Derzeit verlieren wir



Von links: Walter Sesterhenn (Präsident Steuerberaterkammer RLP), Dr.-Ing Horst Lenz (Präsident Ingenieurkammer RLP), Anja Obermann (Hauptgeschäftsführerin HWK Rheinhessen), Hans-Jörg Friese (Präsident HWK Rheinhessen), Friedrich Merz (Bundesvorsitzender CDU & Vorsitzender CDU/CSU Bundestagsfraktion), Dr. Marcus Walden (Präsident IHK Rheinhessen), Karina Szwede (Hauptgeschäftsführerin IHK Rheinhessen).

Fotos: Kristina Schäfer

uns in überbordender Bürokratie, die erhebliches Personal bindet. Unsere klein- und mittelständig orientierte Planungs- und Ausführungslandschaft sichert qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft in den Regionen vor Ort. Wir fordern deshalb den Grundsatz der losweisen Vergabe als Regelfall beizubehalten und die Abweichung davon deutlich zu begrenzen. Ebenso fordern wir eine deutliche Entschlackung des Vergaberechts und eine Korrektur der Vergabeprozesse, um auch kleinen Büros eine Teilnahme am Markt zu ermöglichen.

4. ... eine deutliche Wiederbelebung des Wohnungsbaus. Wohnen ist in Deutschland vor allem in Ballungsgebieten inakzeptabel teuer. Wir benötigen steuerliche Anreize, zuverlässige, planbare Förderungen und neue Baustandards, die die Sicherheit priorisieren und nicht den Komfort.

5. ... hinreichende Mittel für eine zukunftsfähige Infrastruktur. Die Verkehrsinfrastrukturen sowie die unterirdischen Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen in Deutschland leiden unter



Von links: Walter Sesterhenn (Präsident Steuerberaterkammer RLP), Anne Ueberfeldt (Geschäftsführerin Steuerberaterkammer RLP), Martin Böhme (Geschäftsführer Ingenieurkammer RLP), Dr. Tilman Scheinert (Geschäftsführer Landesapothekerkammer RLP).

einem enormen Investitions- und Sanierungsschub mit erheblichen Konsequenzen für Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger. Zur Behebung bedarf es massiver gemeinsamer Anstrengungen und einer ausreichend langfristigen Finanzierung, damit Behörden, Planende und Ausführende Planungssicherheit haben.

6. ... einen konsequenten Abbau der überbordenden Bürokratie und Vorschriften. Die Verfahren sind inzwischen sowohl für (öffentliche) Auftraggeber als auch für Planerinnen und Planer

nur noch mit zusätzlichem Personal und damit zusätzlichen Kosten zu bewältigen. Bauordnungen sollten sich wegen der Abwendung der Gefahr für Leib und Leben auf sicherheitsrelevante Themen konzentrieren. Genehmigungsverfahren müssen erheblich überarbeitet werden, damit sie in der Umsetzung deutlich schneller werden. Wenn wir die Klimaschutzziele noch erreichen wollen, dann müssen vor allem Infrastrukturprojekte in wenigen Jahren genehmigt werden und nicht in Jahrzehnten.

Ingenieurkammer
Rheinland-Pfalz
Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Geschäftsführer:
Martin Böhme

Rheinstraße 4a
55116 Mainz

Tel. (061 31) 9 59 86-0
Fax (061 31) 9 59 86-33

info@ing-rlp.de
www.ing-rlp.de

Besuchen Sie uns auf
Facebook und Instagram:
facebook.com/
ingenieurkammer.rlp
instagram.com/
ingenieurkammer_rlp

Präsident:
Dr.-Ing. Horst Lenz

Foto: Lea Weber





JAHRES EMPfang DER WIRTSCHAFT





Landesärztekammer
Rheinland-Pfalz

Landesärztekammer
Rheinland-Pfalz

Mittlere Bleiche 40
55116 Mainz

Tel. (06131) 28822-0
Fax (06131) 28822-88

kammer@laek-rlp.de
www.laek-rlp.de

Vize-Präsidenten:
SR Dr. Michael Fink
SR Dr. Bernhard Lenhard

Präsident:
Dr. Günther Matheis

Foto: Michael Stadtfeld



Die Ärzteschaft setzt sich mit Herzblut für eine gute Patientenversorgung ein

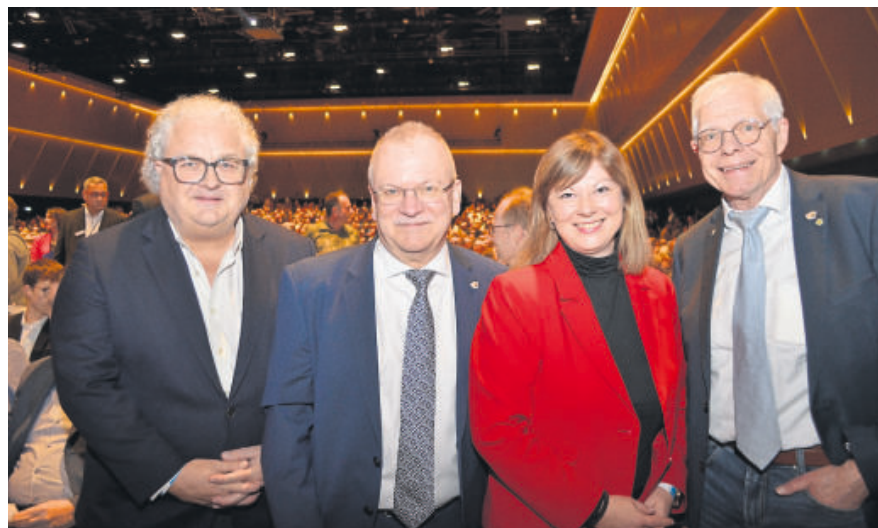
25 Prozent der Ärzte in Rheinland-Pfalz sind älter als 60 Jahre und haben die Rente vor Augen. 50 Prozent der Ärzte sind älter als 50 Jahre. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll: Die demografische Entwicklung macht auch vor dem Gesundheitssystem nicht Halt. Der Fachkräftemangel ist, wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch, eine riesige Herausforderung.

Die gute Nachricht ist aber: Die Landesärztekammer setzt sich dafür ein, dass auch künftig die Versorgung der Patienten auf einem hohen Niveau gewährleistet bleibt. Und die Mediziner tun dies selbstbestimmt: Die ärztliche Selbstverwaltung

„Die ärztliche Selbstverwaltung ist der Garant dafür, dass Zukunftskonzepte nur von denjenigen entworfen werden, die sich auskennen.“

Dr. Günther Matheis

ist der Garant dafür, dass Zukunftskonzepte nur von denjenigen entworfen werden, die sich auskennen. Wer sich ehrenamtlich im Sinne des Arztberufs engagiert, tut dies mit



Gemeinsam bei Empfang: (von links) Vize-Präsident San.-Rat Dr. Bernhard Lenhard, Präsident Dr. Günther Matheis, Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit, Nicole Steingaß, und Vize-Präsident San.-Rat Dr. Michael Fink.

Foto: Michaela Kabon

Herzblut, also mit dem Bewusstsein, einen lebenswichtigen und den vielleicht sogar schönsten Beruf der Welt zukunftsfest zu gestalten.

In diesen Überlegungen muss die Erkenntnis verankert sein, dass Arbeitszeitmodelle in Kliniken und Praxen gefragt sein werden, mit der sich Arbeit und Familie vereinbaren lassen. Fest

steht auch, dass unser Gesundheitswesen kollabieren würde ohne Pflegekräfte und Ärzte, die ihre Wurzeln in der Fremde haben. Wir brauchen eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften mit guten Sprachkenntnissen.

Die durchschnittliche Arbeitszeit nimmt bei den Ärztinnen und Ärzten ab. Deshalb wird die

Politik gefordert sein, mehr Studienplätze zu schaffen, um diese Lücke zu füllen. Ebenso muss die Politik den Rahmen setzen, dass sich die Ärzte weniger um bürokratische Angelegenheiten kümmern müssen. Die Ärzte stehen bereit, daran mitzuarbeiten –, damit sie sich wieder mehr den Patienten zuwenden können.



Anlässlich des Jahresempfangs der Wirtschaft treffen sich Unternehmer, Freiberufler und deren Ständesvertretungen zum Austausch. Diese Plattform ist Ausdruck des unternehmerischen Selbstbewusstseins und der Dialogfähigkeit. Unstrittig dürfte sein, dass Sie sich der Tragweite Ihrer Verantwortung stets bewusst sind.

Inmitten dieser Verpflichtung ist es entscheidend, die passenden Versicherungslösungen im Blick zu behalten. Sie bieten den notwendigen Schutz und die Sicherheit, falls unvorhersehbare Risiken Ihren Erfolg gefährden. Unsere Absicherungskonzepte helfen dabei, wirtschaftliche Folgen abzufedern und schaffen ein solides Fundament für nachhaltiges Wachstum.

Besuchen Sie uns und treten Sie mit uns in den Dialog.



assekuranz ag

assekuranz-ag.com



**Landesapothekerkammer
Rheinland-Pfalz**

Am Gautor 15
55131 Mainz

Tel. (061 31) 2701 20
Fax (061 31) 270 12 22

geschaeftsstelle@lak-rlp.de
www.lak-rlp.de
www.apotheken-karriere.de

Präsident:
Pharmazierat
Peter Stahl

Foto: LAK



Apotheken in der Krise: Wie das „Apothekensterben“ die Gesundheits- versorgung in Rheinland-Pfalz gefährdet

Die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz steht vor einer bedeutenden Herausforderung: Die Zahl der Apotheken ist seit Jahren rückläufig und hat mittlerweile ein historisches Tief erreicht. Dieser besorgniserregende Trend ist nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch bundesweit zu beobachten, wobei die Anzahl der Apothekenschließungen die Neueröffnungen bei Weitem übersteigt. Besonders gravierend sind die Auswirkungen in ländlichen Regionen wie dem Hunsrück und der Eifel, wo die wohnortnahe Versorgung mit Arzneimitteln zunehmend gefährdet ist.



Am Apothekerstand versammelt, v.l.n.re.: Jörg von Ehr, 1. Vorsitzender Landesapothekerverband Dr. Jan-Niklas Francke (2. Reihe), Juliane Maier-Scheunemann, Christian Brand (2. Reihe), Vizepräsident der Landesapothekerkammer Thomas Christmann (2. Reihe), Dr. Martin Abel, Prof. Dr. Irene Krämer, Kammerpräsident der Landesapothekerkammer Peter Stahl, Gabriele Overwiening, Detlef Placzek, Präsident a.D. des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, Petra Klein (2. Reihe), Dr. Verena Specht, Prof. Dr. Jochen Klein (2. Reihe), Susanne Scheinert, Geschäftsführer der Landesapothekerkammer Dr. Tilman Scheinert Foto: Stefan Friebe / LAK

Durch diese Entwicklung liegt die Apothekendichte in Deutschland im internationalen Vergleich mittlerweile im hinteren Drittel. Während die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union durchschnittlich 32 Apotheken pro 100.000 Einwohner aufweisen, beträgt der deutsche Durchschnitt nur 20 Apotheken pro 100.000 Einwohner. Im Jahr 2024 kam es in Rheinland-Pfalz zu 33 Apothekenschließungen;

es gab lediglich eine Neueröffnung!

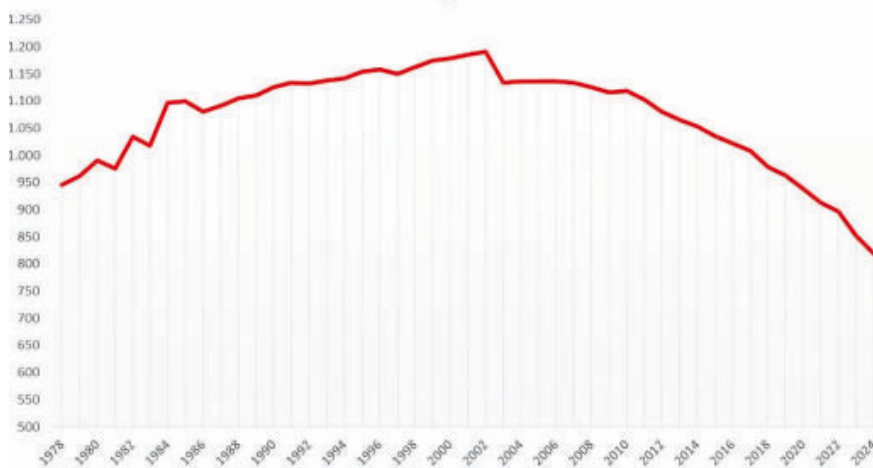
Die Ursachen für diese besorgniserregende Entwicklung sind vielfältig: Seit über einem Jahrzehnt wurde die Vergütung

für verschreibungspflichtige Arzneimittel nicht an die steigenden Kosten angepasst. Gleichzeitig kämpfen Apotheken mit massiv gestiegenen Energie- und Mietpreisen sowie hö-

heren Personalkosten. Zusätzlich verschärft der Wettbewerb mit ausländischen Versandapotheken die Lage. Diese profitieren von einer rechtlichen Grauzone, die sich aus den widersprüchlichen Vorschriften der Europäischen Union und des deutschen Rechts ergibt. Dadurch können sie oft unter weniger strengen Vorgaben in Bezug auf Liefermodalitäten oder Beratungspflichten agieren – ein klarer Wettbewerbsnachteil für deutsche Vor-Ort-Apotheken!

Die Landesapothekerkammer Rheinland-Pfalz und der Landesapothekerverband Rheinland-Pfalz e.V. fordern daher dringend ein Apothekenstärkungsgesetz. Das Ziel ist es, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung sicherzustellen. Die Politik ist also gefordert, diese Notlage ernst zu nehmen. Andernfalls drohen immer weitere Apothekenschließungen, die die Versorgungslage nachhaltig verschlechtern.

**Zahl der Apotheken in Rheinland-Pfalz
Stichtag 31.12.**



Der Negativtrend setzt sich fort: Im Jahr 2024 schlossen 33 Apotheken in Rheinland-Pfalz. Es gab nur eine einzige Neueröffnung. Die wohnortnahe Arzneimittelversorgung ist in Gefahr!



Landespflegekammer
Rheinland-Pfalz

Große Bleiche 14-16
55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 3 27-380
Fax (0 61 31) 3 27-38 99

info@pflegekammer-rlp.de
www.pflegekammer-rlp.de

Vizepräsidentin:
Andrea Bergsträßer

Präsident:
Dr. Markus Mai

Foto: Lisa Treusch Fotografie



Das Pflegekompetenzgesetz: Ein wichtiger Meilenstein für den Pflegeberuf

Das Bundeskabinett hat den Entwurf für das Pflegekompetenzgesetz beschlossen. Es soll den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft und dem Fachkräftemangel im Gesundheitswesen begegnen.

„Pflege kann mehr, als sie darf“, sagte Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach. Dieser vielzitierte Satz bringt das Ziel des Gesetzes auf den Punkt: Pflegefachpersonen als gleichwertige Partner im Gesundheitswesen anzuerkennen und ihre Fähigkeiten besser zu nutzen. Diese Absicht ist begrüßenswert, doch es gibt einige Punkte, die nachgebessert werden müssen.

Mehr Verantwortung für Pflegefachpersonen

Das Hauptziel des Gesetzes ist klar: Pflegefachpersonen sollen mehr Verantwortung übernehmen können. Sie sollen künftig heilkundliche Tätigkeiten eigenverantwortlich durchführen und auch selbst abrechnen können – ohne auf ärztliche Anweisungen angewiesen zu sein.

Das ist sinnvoll, denn Pflegefachpersonen haben oft einen tieferen Einblick in die Versorgungssituation ihrer Patienten. Entscheidungen könnten so schneller und effektiver getroffen werden. Dabei geht es in erster Linie darum, die Versorgung von Menschen mit Pflegebedarf zu verbessern und Versorgungslücken, insbesondere im ländlichen Raum, zu schließen.

„Wenn die Pflegefachperson zum Beispiel eine Wunde selbstständig versorgt oder eine Verordnung verlängert, sodass der Patient nicht unnötig in die Hausarztpraxis muss, ist viel gewonnen.“

Dr. Markus Mai

Stärkung der Prävention

Ein weiteres Plus des Gesetzes ist die Stärkung präventiver Maßnahmen. Pflegefachpersonen

Pflege im Fokus: Auf dem Pfllegetag Rheinland-Pfalz in der Mainzer Rheingoldhalle treffen sich jedes Jahr Akteure der Pflege, Politik, Wirtschaft und der Verbände, um über die Weiterentwicklung des Berufsbildes Pflege und dessen Rolle in der Gesellschaft zu diskutieren.

JETZT VORMERKEN: PFLLEGETAG 25 AM 04. DEZEMBER 2025.



Beim Pfllegetag 24 haben Kammerpräsident Dr. Markus Mai und Vizepräsidentin Andrea Bergsträßer Ministerpräsident Alexander Schweitzer, Sozialministerin Dörte Schall und Staatssekretärin Nicole Steingaß (Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit) begrüßt.

nen sollen künftig zum Beispiel auch Empfehlungen geben, wie ältere Menschen möglichst lange eigenständig und selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können. Das entlastet nicht nur das Gesundheitssystem, sondern stärkt die Eigenständigkeit des Pflegeberufs und wertet ihn auf. Prävention ist schließlich eine Kernaufgabe der Pflege. Es ist daher sinnvoll, Pflegefachpersonen offiziell einzubinden und ihnen eine größere Rolle in der Vorsorge zuzuschreiben.

Wo noch nachgebessert werden muss

Ein zentraler Kritikpunkt ist die unzureichende Berücksichtigung der Trennung zwischen den Bereichen der Kranken- und Pflegeversicherung. In der Praxis hängen Akut- und Langzeitpflege oft eng zusammen – beispielsweise, wenn jemand nach einem Krankenhausaufenthalt in die Langzeitpflege wechselt.

Hier braucht es eine bessere

Verzahnung der beiden Bereiche, um reibungslose Übergänge und eine durchgehende Versorgung zu ermöglichen. Die getrennte Behandlung im Gesetz führt zu unnötiger Bürokratie und einer unnötig aufwändigen Patientenversorgung.

„Die Einführung eines festen Rahmens für akademische Qualifikationen würden den Wert der Ausbildung in der Pflege erhöhen.“

Dr. Markus Mai

Ein weiteres Thema ist die akademische Qualifikation von Pflegefachpersonen. Das Gesetz erwähnt diese zwar, jedoch nur als optionales Element. Klare Regelungen für akademische Karrierewege mit der Übernahme erweiterter Heilkunde machen den Pflegeberuf deutlich attrakti-

ver und eröffnen neue berufliche Perspektive.

Fazit: Viel Potenzial aber noch Luft nach oben

Das Pflegekompetenzgesetz ist ein bedeutender Meilenstein für den Pflegeberuf. Es hat das Potenzial, die Pflegeberufe zu stärken und die Pflegequalität nachhaltig zu verbessern.

Es ist jedoch klar, dass noch einige Anpassungen erforderlich sind, um den Entwurf besser an die Gegebenheiten und Bedürfnisse der Pflegepraxis anzupassen. Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz wird gemeinsam mit der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen und der Bundespflegekammer weiterhin an der Ausarbeitung des Gesetzes in der neuen Legislaturperiode mitarbeiten. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Perspektiven der Pflegefachpersonen sowie die Erfordernisse einer modernen, sektorenübergreifenden Pflegeversorgung einfließen zu lassen.

Psychische Erkrankungen erfordern professionelle Behandlung!

Knapp ein Drittel der deutschen Bevölkerung leidet im Verlauf eines Jahres an einer psychischen Erkrankung. Besonders bei Kinder und Jugendlichen hinterlassen die zahlreichen Krisen unserer Zeit Spuren: Viele von ihnen sind psychisch stark belastet, einige psychische Erkrankungen haben zugenommen. **Psychotherapie ist ein zentraler, in seiner Wirksamkeit gut belegter Behandlungsansatz für nahezu alle psychische Erkrankungen.**

Um die professionelle Behandlung psychisch erkrankter Patient*innen kümmern sich in Rheinland-Pfalz rund 2.700 (Psychologische) Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen, deren berufsständische Vertretung die Landespsychotherapeutenkammer ist. Die Kammermitglieder sind hochqualifiziert durch ein fünfjähriges Universitätsstudium sowie eine mehrjährige berufsqualifizierende Aus- bzw. Weiterbildung und verfügen über eine Approbation. Sie behandeln Patient*innen in ambulanten Praxen, in Kliniken, im Maßregelvollzug, in Beratungsstellen, in psychosozialen Zentren und in

der Erziehungshilfe. Leider sind die Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz auch in vielen Gebieten von Rheinland-Pfalz inakzeptabel lang.

Die Landespsychotherapeutenkammer setzt sich daher seit Langem für die Zulassung von mehr Psychotherapeut*innen ein, um eine angemessene psychotherapeutische Versorgung zu sichern.



v.l.n.r.: Dr. Barbara Römer (Hausärzzteverband), Jörn Simon (Techniker Krankenkasse), Dr. Andrea Benecke (LPK RLP), Michael Weller (Bundesministerium für Gesundheit), Christian Dietrich (Landespsychotherapeutenkammer BW), Petra Regelin (LPK RLP)

Foto: Kristina Schäfer



v.l.n.r.: Anja Obermann (Handwerkskammer Rheinhessen), Petra Regelin (LPK RLP), Ministerpräsident Alexander Schweitzer, Andrea Bergsträsser (Pflegekammer), Annette Müller (Architektenkammer), Karina Szwede (IHK Rheinhessen)

Foto: Alexander Sell



Ministerpräsident Alexander Schweitzer und Sabine Maur, Präsidentin der LPK RLP

Foto: Kristina Schäfer

LandesPsychotherapeuten-
Kammer Rheinland-Pfalz
Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Diether-von-Isenburg-Str.
9-11, 55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 9 30 55-0
Fax (0 61 31) 9 30 55-20

www.facebook.com/LPKRLP
www.instagram.com/lpk_rlp

Geschäftsführerin:
Petra Regelin

Präsidentin:
Sabine Maur

Foto: Lisa Krieg Fotografie



Die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ...

- ✓ ist die **berufsständische Vertretung** von rund 2.700 Psychologischen Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen, die in Rheinland-Pfalz tätig sind
- ✓ setzt sich für die **Interessen von Menschen** mit psychischen Erkrankungen und den **Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung** ein
- ✓ **unterstützt Ratsuchende** durch die Bereitstellung von Informationen
- ✓ ist **Ansprechpartnerin** für alle Themen rund um die psychische Gesundheit



Landestierärztekammer
Rheinland-Pfalz

Bahnhofstraße 6-8
66869 Kusel

Tel. (0 63 81) 429 195
Fax (0 63 81) 429 196

E-Mail: info@ltk-rlp.de

Präsident:
Dr. Rainer Schneichel

Foto: LTK



Tiermedizin im Zeitenwandel

Der tierärztliche Berufsstand kämpft mit steigender Bürokratie und mit Mangel an Personal, besonders auf dem Land. Die teils über EU-Recht hinausgehenden Gesetzesvorgaben in Deutschland führen zu einer Arbeitsbelastung in den Praxen und Tierkliniken, die mit der Kernaufgabe des veterinärmedizinischen Heilberufs nichts zu tun haben. Wir wollen uns um das Wohl der Tiere kümmern, werden aber zunehmend mit bürokratischen Aufgaben belastet. Das gilt für den Kleintierbereich genauso wie für Groß- und Nutztiere.

Ein weiteres zentrales Thema in der Veterinärmedizin ist der 24/7-Notdienst. Um die flächendeckende Notfallversorgung zu sichern, gibt es inzwischen Zusammenschlüsse in Notdienstkreisen oder -ringen. Insbesondere kleinere Praxen können häufig den Notdienst nicht alleine schultern. Das Arbeitszeitgesetz hat die Situation weiter verschärft. Um nächtliche Dienste abdecken zu können, muss man heute deutlich mehr Personal haben.

Doch Arbeitskräfte sind wie in vielen anderen Branchen auch in der Tiermedizin nicht leicht zu finden. Besonders auf dem Land ist es schwierig junge Menschen für unseren Berufsstand zu begeistern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine ausgeglichene Work-Life-Balance sind daher aus der modernen Tiermedizin nicht mehr wegzudenken.

„Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Entwicklungschancen.“

Dr. Rainer Schneichel

Sorgen bereitet uns der rasante Strukturwandel in der Landwirtschaft. Immer mehr Betriebe schließen ihre Hoftore, auch und weil Deutschland in diesem Bereich mit vielen Vorgaben deutlich über die EU-Gesetzgebung hinauschießt. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Bestandsbetreuung von



Bestandsbesuch in der Nutztierhaltung, hier Schweine im Klostergut Maria Laach

Foto: Privat

Nutztieren kann dies zu erheblichen Verlusten führen.

Tierschutz und Tierwohl sind von zentraler Bedeutung – das steht außer Frage. Aber die Wettbewerbsfähigkeit des Landwirtschaftsstandortes Deutschland darf nicht weiter geschwächt werden. Das gilt für die Bauern genau wie für Tierärztinnen und Tierärzte in ihren Praxen und Kliniken.

Ein nicht zu unterschätzendes Damoklesschwert ist das Thema „Tierseuchen“, wie wir es jüngst durch den Ausbruch der in Deutschland bislang eradierten Maul- und Klauenseuche (MKS) noch einmal erleben müssen. Ein gezieltes Vorbeuge-, Kontroll- und Bekämpfungsmanagement nicht nur dieser Erkrankung, sondern vor allem auch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) ist länderübergreifend unbedingt notwendig.

Ganz wichtig für unseren Berufsstand ist der enge Kontakt zur Humanmedizin – wir leben den Gedanken der „One Health“ und führen einen engen Austausch.



Der Vorstand der LTK RLP macht sich für den Berufsstand stark: Dr. Berro Gehl, Alexa Bach, Dr. Rainer Schneichel, Melanie Schröder, Dr. Julia Blicke (von links).

Foto: Alexander Sell



Dr. Rainer Schneichel, Präsident der LTK RLP, fordert in der Podiumsdiskussion weniger Bürokratie.

Foto: Alexander Sell

75 Jahre Zahnärztekammer

Kammerpräsident Sanitätsrat Dr. Wilfried Woop im Interview

Herr San.-Rat Dr. Woop, die Landes Zahnärztekammer Rheinland-Pfalz (LZK) feiert 75-jähriges Bestehen. Wozu wurde die Kammer gegründet?

Die LZK-Gründung 1950 fiel in die Ära des Wiederaufbaus. Nicht nur viele deutsche Unternehmen, sondern auch Körperschaften wurden gegründet, darunter auch die LZK.

Zusammengefasst ist die Kammer die Anlaufstelle, das Beratungszentrum und die berufständische Heimat für die derzeit rund 3.400 Zahnärztinnen und Zahnärzte in Rheinland-Pfalz. Aufgaben sind z. B. die Fortbildung, die Qualitätssicherung oder der Verbraucherschutz. Die Kammer ist aber auch Partnerin der Politik und unterstützt – ob in Mainz, Berlin oder Brüssel – die eigenverantwortliche und fachlich unabhängige Tätigkeit der Profession.

Was ist das Besondere an der Kammerarbeit?

Die Selbstverwaltung der Zahnärzteschaft ist ein Privileg – und eine hohe Verantwortung. Die Landesregierung hat dem Berufsstand Aufgaben übertragen, die er selbst erfüllen darf.

Beispielsweise stimmen die Kammerdelegierten Satzungen und Ordnungen ab, um die Rahmenbedingungen unserer zahnärztlichen Arbeit immer wieder neu an die veränderte Lebens- und Arbeitswelt anzupassen.

So müssen etwa die Fort- und Weiterbildung des Berufsstands und der Zahnmedizinischen Fachangestellten auf hohem fachlichem Niveau gewährleistet sein, ebenso wie zum Beispiel die Prüfung und ggf. Anerkennung ausländischer Kollegen, die bei uns arbeiten wollen – alles, um die hohen Qualitätsstandards in den Praxen zu halten.

Was hat sich verändert in 75 Jahren?

Besonders die politischen Aufgaben der Kammer. In einer



Sanitätsrat Dr. Wilfried Woop, Präsident der Landes Zahnärztekammer Rheinland-Pfalz im Gespräch mit Friedrich Merz, CDU-Kanzlerkandidat und Hauptredner des Jahresempfangs.
Foto: Torsten Zimmermann

Zeit, wo die ärztliche Arbeit immer mehr zur Dienstleistung degradiert werden soll, müssen wir auf vielen verschiedenen Ebenen dranbleiben. Denn Zahnärztinnen und Zahnärzte haben die Verantwortung, jedem einzelnen Patienten gerecht zu werden. Deshalb müssen wir mit ihm zusammen weiterhin freie Entscheidungen über Behandlung und Therapie treffen können – das verstehe ich unter Freiberuflichkeit.

Zusätzlich werden durch das Zusammenwachsen Europas die bürokratischen Anforderungen an die Praxen nicht weniger, auch da muss man immer wieder realistische und vernünftige Wege finden. Ebenso ist die Digitalisierung Chance und Herausforderung zugleich, wenn es beispielsweise um die Sicherheit von Patientendaten geht.

Außerdem werden immer mehr Frauen Zahnärztinnen. 1950 dagegen war der Beruf

fast ausschließlich eine Männerdomäne. Als Kammer müssen wir darum aktiv mithelfen, die Arbeitsbedingungen in den Praxen so zu gestalten, dass die eigene Niederlassung auch für junge Kolleginnen und Kollegen attraktiv bleibt – Stichwort Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Was ist der größte Erfolg der Zahnärzteschaft?

Die Mundgesundheit der Menschen in Deutschland hat sich in den letzten Jahrzehnten enorm verbessert, vor allem auch durch die engagierte Präventionsarbeit der Zahnärzteschaft.

Laut aktueller Studien haben immer mehr Senioren eigene Zähne und Schulkinder kariesfreie Gebisse. Die 12-Jährigen in unserem Land haben sogar die gesündesten Zähne Deutschlands, da ist Rheinland-Pfalz Spitzenreiter.

Unsere Zahnärztinnen und

Zahnärzte leisten da hervorragende Aufklärungsarbeit sowohl in der Praxis als auch ehrenamtlich in Schulen und Kindergärten.

Wie könnte die Zahnheilkunde in 75 Jahren aussehen?

Sicher wird es in Zukunft noch ausgefeiltere technische Möglichkeiten geben, Patienten zu helfen, z. B. im Bereich KI-unterstützte Diagnostik. Die rheinland-pfälzische Zahnärzteschaft ist sehr engagiert, was Fortbildungen und lebenslanges Lernen angeht. Auch die Mainzer Zahnklinik der Universitätsmedizin ist State of the Art!

Ansonsten wird trotz aller technischen Errungenschaften auch in Zukunft die menschliche Komponente die wichtigste sein – die Kompetenz und die Verantwortung des Zahnarztes und ein vertrauensvolles Verhältnis zum Patienten.

Danke für das Gespräch!

**Landes Zahnärztekammer
Rheinland-Pfalz**

Langenbeckstraße 2
55131 Mainz

Tel. (0 61 31) 9 61 36 60
Fax (0 61 31) 9 61 36 89

info@lzk.de
www.lzk.de

Vize-Präsident:
Sanitätsrat Dr. Peter Mohr

Präsident:
Sanitätsrat
Dr. Wilfried Woop

Foto: Jörg Puchmüller





Anlasslose Prüfung von Sammelanderkonten



Foto: Alexander Sell

Seit einiger Zeit haben die europäischen und die deutschen Finanzbehörden Probleme mit den anwaltlichen Sammelanderkonten, also mit Konten, mit deren Hilfe Anwältinnen und Anwälte Zahlungen von Mandantinnen und Mandanten abwickeln. Es wird die Gefahr der Geldwäsche und der Steuerhinterziehung bei der Führung dieser Konten vermutet.

Der Rechtsausschuss beschloss im letzten Jahr auf Antrag der Regierungskoalition, eine Neuregelung in die Bundesrechtsanwaltsordnung aufzunehmen.

Nach dieser Regelung, die bisher überhaupt nicht Gegenstand des Gesetzgebungsverfahrens gewesen war, soll es nun eine anlasslose Überprüfung der anwaltlichen Sammelanderkonten durch die regionalen Rechtsanwaltskammern geben. Die Prüfung soll jegliche Zahlungen erfassen, die über solche Konten abgewickelt werden. Zudem ist eine Mitwirkungspflicht der



Von links nach rechts: Justizminister Herbert Mertin; Vizepräsident der Rechtsanwaltskammer Koblenz, RA JR Dr. Andreas Ammer; Geschäftsführerin der Pfälzischen Rechtsanwaltskammer Zweibrücken, RAin Dunja Jahnke; RA JR Norbert Presper

Foto: rakko

Anwältinnen und Anwälte geplant, die sich diesbezüglich nicht auf ihre anwaltliche Ver-

schwiegenheit berufen könnten. Sogar eine jährliche Berichtspflicht der Kammern

gegenüber dem Bundesfinanzministerium zur Überprüfung der Tätigkeit der Kammern ist geplant.

Muss man wirklich die anlasslose Prüfung der Sammelanderkonten von 160.000 deutschen Anwälten anordnen, weil man offenbar – ohne jede tatsächliche Grundlage – unterstellt, dass dort flächendeckend Geld gewaschen und Steuern hinterzogen werden und was zur Schaffung umfangreicher neuer Verwaltungsstrukturen bei den Anwaltskammern führt? Wurde bereits einmal eine Kosten/Nutzen Rechnung für diese Projekt vorgenommen? Ist irgendwer zumindest auf die Idee gekommen, dieses Projekt wenigstens einmal mit einem Evaluierungsvorbehalt zu versehen, um es ggf. nach einer Erprobungsphase wieder einzustampfen?

Diese Regelungen würden tatsächlich einen Paradigmenwechsel in der anwaltlichen Selbstverwaltung bedeuten.

2025 hat zahlreiche Steueränderungen im Gepäck

Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen profitieren von finanzieller Entlastung

„2025 wird vor allem für Unternehmer ein herausforderndes Jahr“, sagt der Präsident der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz SBK, Walter Sesterhenn. „Die anstehenden Neuahlen und die damit verbundene schleppende Gesetzgebung, bergen viele Unwägbarkeiten.“ Einige Änderungen in den Steuergesetzen, die zum Jahresbeginn in Kraft treten, stehen jedoch schon fest. Zwar solle in Zukunft vieles vereinfacht werden und auch Bereiche wie die Digitalisierung und die Bürokratieleichterung weiter vorangebracht werden, die Unsicherheit bei den Unternehmern ist jedoch spürbar groß, so Sesterhenn.

Für viele Arbeitnehmer und Familien bringt 2025 hingegen vielversprechende Entlastungen, darunter höhere Freibeträge und mehr Kindergeld. Freuen können sich auch Betreiber von **Photovoltaikanlagen**: Einnahmen aus Anlagen, die ab 2025 angeschafft, in Betrieb genommen oder erweitert werden, bleiben steuerfrei, wenn die zulässige Bruttoleistung von 30 kW (peak) je Wohn- oder Gewerbeeinheit nicht überschritten wird. Bisher galten je nach Gebäudeart unterschiedliche Leistungsgrenzen von 15 kW (peak) und 30 kW (peak).

Änderungen für Unternehmer:

Ab 2025 wird die **E-Rechnung** im geschäftlichen Verkehr (B2B) nach und nach verpflichtend. Seit dem 1. Januar 2025 müssen Unternehmen die Empfangsbereitschaft von Rechnungen im elektronischen Format sicherstellen. Die Verpflichtung zum Versand erfolgt stufenweise: Ab dem 1. Januar 2027 müssen Unternehmen, deren Umsätze im Jahr 2026 mehr als 800.000 Euro betragen, E-Rechnungen ausstellen und versenden. Unternehmen mit Umsätzen von weniger als 800.000 Euro erst ab dem 1. Januar 2028. Kleinunternehmer sind bislang davon grundsätzlich befreit.



Foto: Kristina Schäfer

Die Grenzwerte für die Anwendung der **Kleinunternehmer-Regelung** werden jedoch angepasst: Der Umsatz im Vorjahr darf nun höchstens 25.000 Euro betragen. Neu ist auch, dass der Wechsel von der Kleinunternehmer-Regelung zur Regelbesteuerung unterjährig erfolgt, sobald der Umsatz im laufenden Kalenderjahr 100.000 Euro übersteigt. Bei beiden Grenzbeträgen handelt es sich um Netto-Grenzen, die bisher als Brutto-Grenzen festgelegt waren.

Die bislang geforderte Schriftform wird in vielen Bereichen gelockert und durch die **Textform** ersetzt. Mietverträge, Arbeitsverträge und Steuerverwaltungsakte können künftig auch digital, zum Beispiel per E-Mail, abgeschlossen oder bereitgestellt werden, ohne dass eine Einwilligung des Empfängers erforderlich ist. Stattdessen wird beispielsweise für Steuerverwaltungsakte eine Widerspruchslösung eingeführt.

Änderungen für Arbeitnehmer:

Der steuerliche **Grundfreibetrag** steigt 2025 auf 12.096 Euro (2024: 11.784 Euro), bei Ehepartnern verdoppelt sich der Betrag. Diese Anpassung dürfte für viele Steuerzahler eine kleine Entlastung bringen. Auch der **Kinderfreibetrag** steigt, und zwar auf 6.672 Euro pro Kind. Das **Kinder-geld** erhöht sich um 5 Euro auf 255 Euro pro Kind.

Zugleich liegt der **gesetzliche Mindestlohn** seit dem 1. Januar bei 12,82 Euro, für Pflegefachkräfte steigt er ab dem 1. Juli

2025 auf 20,50 Euro pro Stunde. Steigt der Mindestlohn, erhöht sich auch die Grenze für einen Minijob, die ab diesem Jahr bei monatlich 556 Euro liegt. Mehr Geld gibt es auch für **Auszubildende**, die ihre Ausbildung im Jahr 2025 beginnen, denn die Mindestvergütung im ersten Lehrjahr beträgt nun 682 Euro im Monat.

Gleichzeitig steigen jedoch auch die **Beitragsbemessungsgrenzen** für die Renten- und Krankenversicherung, was höhere Abzüge für Gutverdiener bedeutet.

Übrigens: Für ein höheres Nettogehalt können Arbeitnehmer frühzeitig einen **Lohnsteuerfreibetrag** beantragen. Dieser reduziert die monatliche Steuerlast direkt und wirkt sich besonders bei hohen Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnlichen Belastungen positiv aus. Die Beantragung kann digital über ELSTER oder postalisch mit ausgedrucktem Formular (zum Download) erfolgen.

Einkommensteuererklärungen für 2024 müssen bis spätestens **31. Juli 2025** beim Finanzamt eingereicht werden – wer seine Erklärung von einem Steuerberater erstellen lässt, hat bis zum 30. April 2026 Zeit.

Qualitätssiegel Steuerberatung – Beruf mit Zukunft

Einen umfassenden Überblick über alle aktuellen Steueränderungen und zahlreiche Steuertipps für das Jahr 2025 haben die fast 4.100 Steuerberater in Rheinland-Pfalz. „Steuerberater wird nur, wer eine fundierte Aus-

bildung absolviert hat sowie jahrelange Berufserfahrung und hohe Fachkompetenz nachweisen kann“, erklärt Kammerpräsident Sesterhenn. „Was unsere Tätigkeit besonders interessant und abwechslungsreich macht, sind die vielen unterschiedlichen Themen, die Steuerberater bearbeiten, und die zahlreichen verschiedenen Berufe und Unternehmen, die unsere Mandanten ausmachen.“

Die viel belächelten „Erbsenzähler“ oder „Zahlenschubser“ seien Steuerberater und ihre Angestellten jedenfalls nicht, im Gegenteil: Eine Ausbildung zum/zur Steuerfachangestellten kann der erste Schritt auf dem Weg in einen spannenden Beruf mit Zukunftsperspektive sein. Steuerberater, Steuerfachangestellte, Fachassistenten mit bestimmten Schwerpunkten oder Steuerfachwirte sind gefragt, denn je. Die Branche weist zahlreiche verschiedene Aus- und Weiterbildungsangebote auf, und die Kanzleien punkten zusätzlich mit einer attraktiven Ausbildungsvergütung und fachkundiger Unterstützung ihrer Auszubildenden. „Beim Thema Steuern bleibt nichts, wie es ist“, betont Sesterhenn. „Man darf also in unserem Beruf gern offen für Neues sein.“

Interessierte Jugendliche können sich unter www.zahlsichausbildung.de über offene Praktikums- und Ausbildungsplätze informieren. Die Steuerberater in Rheinland-Pfalz bilden pro Jahr mehr als 300 junge Leute aus.

Steuerberaterkammer
Rheinland-Pfalz

Hölderlinstraße 1
55131 Mainz

Tel. (0 61 31) 95 21 00
Fax (0 61 31) 95 21 040

info@sbk-rlp.de
www.sbk-rlp.de

Vize-Präsidenten:
Ralf Nick
Karin Willig

Präsident:
Walter Sesterhenn

Foto: Steuerberaterkammer



Der Jahresempfang der Wirtschaft 2025 wird unterstützt von



DIE **JOB** COMMUNITY



**DREES &
SOMMER**



ikk Südwest

ISB | Investitions-
und Strukturbank
Rheinland-Pfalz



Zum Wohl
DIE PFALZ



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

VHV 
VERSICHERUNGEN

